

bzw. zu ergänzen. An diesem Tag befand sich in der Wohnung des Angeklagten Steinberger auch der Zeuge Wolf, der Harich von Steinberger als zuverlässiger Mann bezeichnet wurde. Auch an diesem Tag erörterte Harich die von ihm aufgestellten Forderungen, wobei er Stellen seiner* schriftlichen Ausarbeitung vorlas. Auch die Pläne zur Realisierung der Forderungen wurden nochmals besprochen. Steinberger machte den Vorschlag, nicht mit der Tür ins Haus zu fallen, sondern die ökonomische Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik an den Beginn der Ausführungen zu stellen, damit das Ziel der Konzeption nicht gleich offen erkennbar sei. Harich erklärte sich hiermit einverstanden. Die Anwesenden kamen überein, die Konzeption Harichs als „Maximalprogramm“, die zunächst nur einem kleinen Kreis eingeweihter Personen zugänglich sein sollte, die Überarbeitung von Steinberger als „Minimalprogramm“ anzusehen, das in weiteren Kreisen, insbesondere auch dem ZK der SED, bekannt gemacht werden sollte. Hinsichtlich der Pläne zur Realisierung der Forderung wurde auf Vorschlag von Wolf vereinbart, daß Harichs Steinberger und ein prominenter Politiker, gedacht an den Zeugen Merker, sich nach Polen begeben sollten, um von dort aus die Konzeption zu propagieren, falls das vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr möglich sei. Eine Propagierung von Westdeutschland aus hielten Wolf und Steinberger für taktisch unklug, weil dann der staatsfeindliche Charakter zu schnell erkannt werden würde. Sie setzten im übrigen ihre Hoffnung darauf, daß auch eine Propagierung von Polen aus sehr schnell von der Westpresse aufgegriffen und auf diese Weise ihre Auffassungen mit besonderem Erfolg in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust werden würden.

Ebenso wie bei den Unterhaltungen mit dem dem Ostbüro der SPD angehörenden Siegfried wurde auch bei der Besprechung zwischen Harich, Steinberger und Wolf die Notwendigkeit festgestellt, den Kreis der Gleichgesinnten zu vergrößern, insbesondere auch in verschiedenen SED-Betriebsgruppen Fuß zu fassen. Dazu forderte Harich den Zeugen Wolf auf, zu prüfen, welche Möglichkeiten hierfür beim Staatlichen Rundfunkkomitee bestünden. Harich selbst wollte versuchen, im Verlag Rütten & Loening, im Museum für Deutsche Geschichte, im Gesellschaftswissenschaftlichen Institut beim ZK der SED sowie im Philosophischen Institut der Humboldt-Universität für die Gründung oppositioneller Gruppen zu sorgen. Bei der Erörterung der Frage, ob es zweckmäßig sei, mit Mitgliedern der SPD Kontakte aufzunehmen, erklärte Harich, daß eine derartige Verbindung unweigerlich zum Ostbüro der SPD führen würde und dies nicht angebracht sei. Bevor Harich an diesem Abend Steinberger verließ, sagte er ihm noch zu, daß er ihn sowohl mit Janka in Verbindung bringen als auch dafür sorgen werde, daß Steinberger die Überarbeitung des Programms der Sekretärin Harichs im Aufbau-Verlag diktieren könne. Steinberger legte Wert darauf, daß die Verbindung mit Janka offiziellen Charakter trage, und schlug vor, daß er als ökonomischer Berater des Verlages eingeladen werden sollte. Harich informierte am nächsten Tag seine Sekretärin, die Zeugin Kilian, davon, daß ihr Steinberger in den nächsten Tagen eine vertrauliche Ausarbeitung diktieren werde. Janka berichtete er über seine Besprechung mit Steinberger und bat ihn, diesen entsprechend den Wünschen Steinbergers einzuladen. Gleichzeitig teilte er Janka mit, daß es zweckmäßig sei, eine Propagierung des Programms von Polen aus vorzubereiten, und bat ihn, ihm zu diesem Zweck eine Ausreisegenehmigung nach Polen zu verschaffen, die mit Rücksprachen über vom Aufbau-Verlag herauszubehende Werke polnischer Autoren begründet werden sollte. Harich beabsichtigte, auf diese Weise in Polen die Möglichkeiten der Herausgabe einer oppositionellen Zeitung gegen die Deutsche Demokratische Republik zu sondieren.

Im Laufe des 26. November 1956 folgte Harich einer Einladung des Redakteurs der westdeutschen Zeitschrift „Constanze“, Huffzky, nach Hamburg. Die Reisekosten hatte Huffzky übernommen. In Hamburg hielt sich Harich vom 26. bis zum 29. November 1956 auf. Dort hatte er verschiedene Rücksprachen mit Huffzky, ferner mit dem Herausgeber der Zeitschrift „Der Spiegel“, Augstein, und mit dem Chefredakteur der „Anderen

Zeitung“. Diesen Personen legte er in Besprechungen seine Konzeption dar und berichtete, daß er mit dem 1. Sekretär des ZK der SED politische Gespräche geführt hätte. Mit dem Herausgeber der „Anderen Zeitung“ verabredete er, daß er eine Artikelserie über seine Auffassungen in dieser Zeitung veröffentlichen werde. Falls er die Deutsche Demokratische Republik verlassen müsse, würde er die Artikel auch von Polen aus liefern. Über das Projekt der Gründung einer Zeitschrift wurde in Hamburg nicht gesprochen.

Als Harich von Hamburg aus am 29. November 1956 wieder auf dem Flugplatz Tempelhof ankam, erkundigte er sich nach den Möglichkeiten einer Flugreise nach Polen ohne Berührung der Deutschen Demokratischen Republik. Er notierte die Flugzeiten und die Flugkosten. Diese Feststellung traf er, weil er damit rechnete, evtl. illegal nach Polen reisen zu müssen. Danach begab er sich in seine Wohnung und kurz darauf zu Janka wegen seiner Ausreisegenehmigung nach Polen.

Während Harichs Aufenthalt in Hamburg setzte sich Wolf erneut mit Steinberger in Verbindung, um ihn vor Harich zu warnen. Er teilte ihm mit, daß er es nicht für angebracht halte, sich näher mit Harich einzulassen. Steinberger stimmte diesen Bemerkungen im allgemeinen zu und erklärte, auch er habe bereits Bedenken gegen Harich bekommen. Er habe auch noch nicht an dessen Konzeption arbeiten können. In die gleiche Richtung gehende Bemerkungen machte er auch am folgenden Tage gegenüber Hertwig, der sich jedoch hierzu nicht äußerte. Tatsächlich hatte Steinberger auch im Zeitpunkt seiner Verhaftung noch nicht mit der Überarbeitung des Manuskripts begonnen. Dies lag im wesentlichen daran, daß er in diesen Tagen eine Dienstreise nach Karl-Marx-Stadt unternommen hatte, die ihn völlig in Anspruch nahm. Auch mit Dahlem und Janka hatte er noch keine Verbindung aufgenommen. Während der Reise nach Karl-Marx-Stadt und auch bei der Rückfahrt schaltete er im Radio die Nachrichten sendungen des RIAS und des Senders Freies Berlin ein.

Diese Feststellungen beruhen auf den Aussagen der Angeklagten, denen der vernommenen Zeugen und den verlesenen bzw. zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemachten Urkunden.

Die Angeklagten Harich, Steinberger und Hertwig hatten keine festen Bindungen zur Arbeiterklasse. Sie haben sich niemals von ihrer bürgerlichen Erziehung lösen können. Harich und Hertwig eigneten sich nur, weil es im Zuge der Zeit lag, ein mehr oder weniger umfangreiches Buchwissen über den Marxismus an und waren nicht gewillt, über den Rahmen einer besoldeten Tätigkeit hinaus den Sozialismus zu propagieren oder gar unter Einsatz ihrer Person zu verteidigen.

Als es im Verlauf der Ereignisse in Ungarn dem Faschismus zeitweilig gelang, sein blutiges Haupt zu erheben, schlossen sich alle ehrlichen Bürger enger an die Staatsführung in der Deutschen Demokratischen Republik an; viele von ihnen fanden den Weg zur Partei der Arbeiterklasse. Allgemein wurde erkannt, daß nur die vereinten Kräfte der gesamten Bevölkerung in der Lage wären, die Pläne der westlichen Imperialisten zu vereiteln, die Deutsche Demokratische Republik aus dem Lager des Sozialismus herauszubrechen. Die Angeklagten vertrauten weder auf die Festigkeit des sozialistischen Lagers noch auf die Kraft der Arbeiterklasse; sie rechneten mit einer Restaurierung des Kapitalismus in der Deutschen Demokratischen Republik, stellten sich gegen die Politik der Regierung und wurden schließlich zu Verbrechern gegen den Staat. Sie schlossen sich zu einer konspirativen Gruppe zusammen, deren Leiter der Angeklagte Harich war. Sie sammelten Gleichgesinnte um sich und propagierten weitgehende Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften und völlige Veränderung der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Für den Fall der Nichterfüllung ihrer ultimativen Forderungen wollten sie deren Durchsetzung über Westberliner Sender oder von Polen aus erzwingen und zum Streik aufrufen. Ein etwaiger faschistischer Putsch sollte ebenfalls über Westberliner Sender „gelenkt“ werden. Um seinen künftigen Führungsanspruch zu